

Bürgersprechstunde Stadtbezirk 223 – Broitzem
Leitung: Herr Stadtbaurat Leuer
Tag: 4. Juni 2019, Zeit: 17:00 Uhr bis 19:15 Uhr
Ort: Gemeinschaftshaus Broitzem, Steinbrink 14 A

Weitere Teilnehmer: Frau Bezirksbürgermeisterin Rupp-Naujok
Herr Kühl, Leiter FB Bauordnung und Brandschutz
Herr Benscheidt, Leiter FB Tiefbau und Verkehr
Herr Knobloch, FB Stadtgrün und Sport
Herr Becker, Bezirksgeschäftsstelle West

Gäste: ca. 25 Bürger/innen sowie drei Bezirksratsmitglieder und Ratsherr Bratschke sowie Ratsfrau vom Hofe

Einleitung

Frau Bezirksbürgermeisterin Rupp-Naujok begrüßt die Anwesenden und bedankt sich bei Herrn Stadtbaurat Leuer für seine Bereitschaft, für den Bereich des Stadtbezirks Broitzem eine Bürgersprechstunde durchzuführen.

Schwerpunkthemen

Herr Stadtbaurat Leuer schließt sich der Begrüßung an. Die Themenschwerpunkte sind die Neubauten in Broitzem, die Verdichtung von Wohnflächen und Parkräumen sowie die Verkehrsführung Donaustraße Richtung Broitzem. Aber auch zu allen anderen Themen in Broitzem können die Bürger Fragen stellen, die dann thematisch abgehandelt und, wenn möglich, beantwortet werden sollen.

Fragestunde

1. Verkehrsführung Donaustraße und allgemeiner Straßenverkehr

Ein Bürger beklagt die „Grüne Welle“ auf der Donaustraße. Fährt man als Autofahrer vom Kruckweg aus über die Donaustraße in Fahrtrichtung Innenstadt, hat man selten eine „Grüne Welle“ auf der Donaustraße. Ferner gibt es Rückstaus auf der Donaustraße an der Ampelanlage Donaubrücke in Richtung zur Straße An der Rothenburg und umgekehrt in Richtung Broitzem.

Herr Stadtbaurat Leuer erläutert, dass die „Grüne Welle“ auf der Donaustraße von der Bevorrechtigung der Straßenbahn abhängt. Im Detail informiert Herr Benscheidt, dass ein Ampelumlauf 90 Sekunden dauert. Durch die Durchfahrt der bevorrechtigten Straßenbahn können zwei bis drei Ampelumläufe vergehen, bis die „Grüne Welle“ wieder funktioniert.

Herr Benscheidt teilt ferner mit, dass zur Verkehrsführung Donaustraße/An der Rothenburg ein Ortstermin am 14. Februar 2019 mit Vertretern des Fachbereiches Tiefbau und Verkehr und dem Stadtbezirksrat stattgefunden hat. Die Grünphase der Linksabbieger an der LSA Donaustraße/An der Rothenburg wurde zwischenzeitlich optimiert, so dass jetzt teilweise bis zu acht Fahrzeuge in der Grünphase die Kreuzung queren können. Eine Überprüfung und

ggf. Änderung der Fahrstreifenaufteilung im westlichen Arm dieser Kreuzung wurde zugesagt. Insgesamt war festzustellen, dass die Verkehre grundsätzlich auch unter Berücksichtigung des Eingriffs der Stadtbahnen im Kreuzungsbereich, mit wenigen Ausnahmen in den Spitzenzeiten des Berufsverkehrs, gut abfließen. In Ortsterminen der Stadtbezirksräte Broitzem und Weststadt wurden nach erfolgten Optimierungen keine grundsätzlichen Probleme mit der „Grünen Welle“ mehr vorgebracht.

Ein Bürger hat das Gefühl, dass die Ampelanlagen an den Einmündungen der Lechstraße nicht in die Koordinierung der „Grünen Welle“ auf der Donaustraße eingebunden sind. Herr Benschmidt trägt vor, dass auch diese Lichtsignalanlagen in die Koordinierung eingebunden sind, eine Überprüfung wird aber zugesagt.

Ein Bürger beklagt die neue Rechtsabbiegespur auf der Donaustraße in Fahrtrichtung stadtauswärts zur Straße An der Rothenburg, da diese nur wenig frequentiert wird. Herr Benschmidt erläutert, dass die Lichtenberger Straße vom Verkehr entlastet und der Verkehr über die vierspurige Donaustraße verlagert werden soll. Bevor Verkehre sich grundlegend umstellen, vergehen oftmals Jahre.

Ein Bürger fragt in diesem Zusammenhang nach der Verlängerung der Elbestraße an. Herr Stadtbaurat Leuer erläutert, dass aufgrund der fehlenden Bebauung und damit einer nicht vorhandenen Gegenfinanzierung eine Realisierung der Verlängerung der Elbestraße zur Timmerlahstraße sich nicht so einfach gestaltet. Zudem wäre zu befürchten, dass mit einer Verlängerung der Elbestraße zusätzliche regionale Verkehre aus dem Umland angezogen und die Wohnbereiche der Weststadt belasten würden.

Ein Bürger bemängelt die Schaltung der Ampelanlage im Einmündungsbereich Donaustraße/Westerbergstraße aus Sicht der Fußgänger. Er plädiert für eine Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer und damit für eine schnellere Grünschaltung der Fußgänger. Herr Ratscherr Bratschke unterstreicht die Forderung, da die Grünanforderung für die Fußgänger zu lange dauert (teilweise 45 Sekunden, manchmal aber auch 60 bis 90 Sekunden). Es ist wiederholt zu beobachten, dass Fußgänger bei Rot die Ampelanlage passieren. Herr Stadtbaurat Leuer erläutert, dass die Ampelschaltungen immer ein Abwägungsprozess ist zwischen den Interessen der Autofahrer, der Fußgänger und der Radfahrer. Es wird eine nochmalige Prüfung der Lichtsignalanlage unter dem Abwägungsprozess Autofahrer/Fußgänger zugesagt. Über das Ergebnis wird der Stadtbezirksrat informiert.

Zum Hinweis eines Bürgers, an dieser Stelle vielleicht gänzlich auf eine Ampelanlage zu verzichten (wie z.B. beim Überweg auf der Gildenstraße im Bereich des Altenpflegeheims), informiert Herr Stadtbaurat Leuer, dass die Sicherheit Vorrang hat. Die Ampelanlage ermöglicht zum einen auch den jüngeren und älteren Fußgängern die sichere Überquerung der Straße. Zum anderen wird dadurch auch die Geschwindigkeit des Verkehrs aus Rünigen kommend abgebremst.

Enttäuschung äußert eine Bürgerin über die unflexible Handhabung bei Baustellen. Als die Friedrich-Seele-Straße letztes Jahr wegen den dortigen Brückenbauarbeiten gesperrt war, kam es auf der Donaustraße zu mehr Verkehr. Sie hatte direkt im Rathaus beim Fachbereich Tiefbau und Verkehr vorgesprochen und darum gebeten, während der Sperrung der Friedrich-Seele-Straße die geänderte Rechtsabbiegespur auf der Donaustraße aufzuheben, damit wieder zwei Fahrspuren Richtung Broitzem zur Verfügung stehen und es weniger Rückstaus an der Ampelanlage gibt. Aber es kam zu keiner Änderung.

Ferner berichtet die Bürgerin, dass es regelmäßig im Berufsverkehr gegen 7:30 Uhr an der Ampelanlage Westerbergstraße/Thiedestraße zu größeren Rückstaus aus Richtung Broitzem kommen würde. Herr Stadtbaurat Leuer sagt eine Überprüfung des Hinweises zu. Über das Ergebnis wird der zuständige Stadtbezirksrat Rünigen (neben Broitzem) informiert.

Ein Anwohner spricht die Verkehrssituation auf dem Steinbrink als Zufahrtsstraße zum Neubaugebiet „Steinberg“ an. Im Bereich der Tempo-30-Zone bzw. im verkehrsberuhigten Bereich ist die Beschilderung zugewachsen. Der Anwohner berichtet ferner, dass lt. der Fachverwaltung in einem Teilbereich nicht gemessen werden kann. Diesbezüglich regt er an, dass die Verwaltung sich neue Messgeräte anschaffen sollte. Herr Stadtbaurat Leuer teilt mit, dass dort gemessen werden kann und sagt eine Geschwindigkeitsmessung und eine Bekanntgabe der Messergebnisse an den Stadtbezirksrat zu.

2. Friedhof Broitzem

Ein Bürger beklagt, dass der alte Friedhof in Broitzem an der Großen Grubestraße in einem total ungepflegten Zustand ist. Herr Knobloch sagt eine Überprüfung zu.

Eine Bürgerin verweist in diesem Zusammenhang auf die schmalen Wege zwischen den Urnengräbern. Sie hat Probleme mit ihrem Rollator zum Urnengrab ihres verstorbenen Ehemannes zu gelangen. Frau Bezirksbürgermeisterin Rupp-Naujok erläutert, dass vor Jahren die Friedhofsverwaltung den Stadtbezirksrat informiert hat, dass langfristig die Belegung der Grabstellen so geändert wird, dass sowohl für die Nutzer der Grabstellen als auch für die Mitarbeiter der Friedhofsverwaltung breitere Wege zur Verfügung stehen. Durch die teilweise langfristige Grabbelegung wird die Umgestaltung aber noch eine lange Zeit benötigen.

Ein Bürger regt an, den kahlen Erdboden an der Böschung des alten Friedhofs zur Großen Grubestraße mit einer Kräutermischung zu bepflanzen. Die Bepflanzung würde ein Ausspülen der Erde auf den öffentlichen Gehweg verhindern. Die Anregung wird geprüft.

3. Hundestationen/Fehlende Abfallbehälter

Ein Bürger berichtet, dass am Feldweg zwischen dem Wasserturm und dem Fernmeldeturm viele Hundehaufen liegen und er regt daher die Aufstellung einer Hundestation in diesem Bereich an. Herr Knobloch berichtet, dass bisher 48 Hundestationen im Stadtgebiet aufgestellt sind. Die Betreuung der Hundestationen bedeutet für die Verwaltung einen personellen und finanziellen hohen Aufwand. Eine Erweiterung der bestehenden Hundestationen steht derzeit nicht zur Diskussion.

Eine Bürgerin weist daraufhin, dass im Bereich der Steinbergstraße zwischen Broitzem und Geitelde kein Abfallbehälter vorhanden ist. Am Jugendplatz Steinberg müsste nur eine kleine Fläche gemäht werden, dann wäre der dortige Abfallbehälter für Spaziergänger auf der Steinbergstraße zugänglich. Auch am Ende des Wiesenweges zu dem Feldweg ist kein Abfallbehälter vorhanden. Die Bürgerin regt eine bessere Verteilung der vorhandenen Abfallbehälter über das gesamte Gebiet von Broitzem an.

4. Neubauten in Broitzem

Ein Bürger fragt an, wie der Neubau des Gebäudes auf dem Standort der ehemaligen Filiale der Braunschweigischen Landessparkasse an der Großen Grubestraße 30 A genehmigt werden konnte. Die Ausfahrt der Tiefgarage ist viel zu dicht am öffentlichen Gehweg, Probleme mit den Fußgängern sind vorprogrammiert. Ein anderer Bürger bittet vor Ort den Grenzabstand des Gebäudes zum öffentlichen Gehweg zu prüfen, ferner wird die nicht zulässige Schotterung des Vorgartens beanstandet und auch der Brandschutz im Hinblick auf das Hinterliegergrundstück sollte überprüft werden. Ein Bürger ist empört über die verdichtete Bebauung an einigen Stellen in Broitzem und fragt an, ob es denn keine Bauordnung mehr gibt?

Herr Stadtbaurat Leuer informiert, dass man unterscheiden muss, ob ein Bauvorhaben in einem Bereich eines Bebauungsplans realisiert wird oder nicht. Liegt kein Bebauungsplan vor, dann basiert die Genehmigung auf § 34 Baugesetzbuch. Danach ist ein Bauvorhaben zulässig, wenn es

sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, also der Bauweise, der Höhe und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die nähere Umgebung einfügt und die Erschließung gesichert ist. Herr Stadtbaurat Leuer weist ferner darauf hin, dass grundsätzlich in der Stadt Braunschweig aktuell ein großer Bedarf an Wohnraum besteht und dass die Lückenbebauung grundsätzlich begrüßt wird.

Herr Kühl erläutert, dass der Bauherr einen Rechtsanspruch auf Genehmigung hat, wenn das Baurecht eingehalten wird. Im konkreten Fall liegt ein Teil des öffentlichen Gehweges bereits auf privater Fläche. Auch eine weitgehende Ausnutzung der Gesamtfläche ist zulässig, weil z.B. ein Bauernhofgrundstück in der Nähe nahezu vollständig versiegelt ist. Ebenfalls ist der Balkon zur östlichen Grundstücksgrenze nach der Planung zulässig, da das Hochbeet ebenfalls auf dem Grundstück des Bauherrn liegt.

Herr Stadtbaurat Leuer sagt in dieser Angelegenheit eine Prüfung folgender Punkte zu:

- Tiefgaragensituation zum öffentlichen Gehweg.
- Eine Prüfung vor Ort des Grenzabstandes zum öffentlichen Gehweg.
- Zulässigkeit der Schotterung des Vorgartens.
- Einhaltung des Brandschutzes.
- Verbleib der alten Toranlage zum benachbarten Schulgrundstück.

Der Stadtbezirksrat wird abschließend informiert.

Der Bürger fragt ferner an, ob der Neubau an der Ecke Große Grubestraße/Donnerbleek bei einer Grundstücksfläche von 67 m² und einer bebauten Fläche von 65 m² dem Baurecht entspricht. Herr Kühl erläutert, dass das Bauvorhaben auch aufgrund der Stadtbezirksratsanfrage aus dem Jahr 2017 nochmals überprüft wurde. Das Bauvorhaben ist aufgrund der sehr kleinen Grundstücksgröße zwar ungewöhnlich, erfüllt aber die Voraussetzungen nach § 34 des Baugesetzbuches. Nach der Überprüfung hält das Bauvorhaben das öffentliche Baurecht ein.

5. Bauschuttdeponie Marienberger Straße

Ein Bürger fragt an, ob sich an der Marienberger Straße im Bereich der ehemaligen Plattenfabrik eine neue Bauschuttdeponie entwickelt. Aktuell wird dort Bauschutt angeliefert und auf einer Fläche von ca. 500 m² verteilt.

Herr Stadtrat Leuer sagt eine Überprüfung der Angelegenheit zu. Der Stadtbezirksrat wird abschließend informiert.

6. Photovoltaikanlagen

Herr Richter-Trautmann, stellv. Bezirksbürgermeister Broitzem, regt an, Fremdfirmen damit zu beauftragen, auf allen öffentlichen Dächern in Broitzem Photovoltaikanlagen zu installieren.

Herr Stadtbaurat Leuer informiert, dass zukünftig eine bessere Photovoltaik-Nutzung im öffentlichen Bereich wünschenswert ist. Jedes öffentliche Gebäude muss vorher aber auch untersucht werden, ob der Einsatz einer Photovoltaikanlage geeignet ist (Lebensdauer des Daches, Statik des Daches/Gebäudes usw.). Aktuell gibt es im Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement nicht genügend personelle Kapazitäten.

7. Nisthilfen

Ein Bürger regt an, dass es bei Neubauten Auflagen geben müsste, Nisthilfen vorzusehen. Häufig werden ältere Häuser abgerissen, die noch Unterschlupf für Schwalben, Fledermäuse

usw. boten. Herr Stadtbaurat Leuer teilt mit, dass man in Neubaugebieten solche Auflagen im Bebauungsplan festsetzen kann.

Diesbezüglich teilt ein Bürger mit, dass in Verlängerung des Wiesenweges im Bereich des Bison-Geheges in den nächsten Wochen ein Storchennest errichtet wird.

8. Verkehrssituation Fallsteinblick

Eine Anwohnerin des Fallsteinblicks beklagt die Parksituation direkt vor ihrer Zuwegung zum Haus. Da zwischen der Fahrbahn und dem Grundstück kein Gehweg vorhanden und es die einzige Zuwegung zum Haus ist, fragt sie an, ob dagegen etwas getan werden kann.

Herr Benscheidt erläutert, dass rechtlich ein Parken in dem Bereich wahrscheinlich zulässig ist. Eine Überprüfung der Verkehrssituation vor Ort wird zugesagt und die Eigentümer werden direkt vom Fachbereich Tiefbau und Verkehr informiert.

9. Verkehrssituation Harzblick

Ein Anwohner des Harzblicks berichtet, dass sein Antrag auf Nutzung eines öffentlichen Einstellplatzes direkt vor seinem Hausgrundstück abgelehnt wurde. Das sei aus seiner Sicht ungünstig, da er sich ein E-Auto kaufen will und in der Nähe keine E-Ladesäule vorhanden ist.

10. Kita Landeshuter Weg

Die Leiterin der Kita der Parität am Landeshuter Weg hat verschiedene Anliegen:

- Ein neues attraktives Außenspielgerät für die Kita.
- Die marode Einzäunung müsste erneuert werden.
- Ein Gerätehaus fehlt.
- Auf dem Außengelände der Kita fehlt ein Sonnenschutz.

Herr Stadtbaurat Leuer sagt eine Prüfung zu und bittet darum, ihm direkt eine Mail zuzusenden, damit die zuständigen Fachbereiche über das Büro von Herrn Stadtbaurat Leuer informiert werden.

11. E-Ladesäulen

Ein Bürger berichtet, dass es am Amtsgericht zwei Parkplätze gibt, an denen E-Autos kostenlos parken dürfen. Aber im unmittelbaren Umkreis gibt es keine E-Ladesäulen.

Herr Benscheidt informiert, dass aktuell 17 E-Ladesäulen auf die Innenstadt verteilt sind. Damit liegt die Stadt Braunschweig im Städtevergleich ziemlich weit oben. Aktuell wird davon ausgegangen, dass ein E-Auto zu 40 % am Wohngrundstück, zu 40 % an der Arbeitsstelle, 10 % an privaten Tankstellen und zu 10 % im öffentlichen Bereich aufgeladen wird. Die vorhandenen 17 E-Ladesäulen verfügen noch über freie Kapazitäten.

12. Baustellenschild auf dem öffentlichen Gehweg Große Grubestraße

Ein Bürger berichtet, dass seit ca. 4 Jahren ein Hinweisschild auf dem öffentlichen Gehweg vor dem Hausgrundstück Kleine Grubestraße 1 aufgestellt ist, der auf die Gehwegschäden hinweist. Da der Eigentümer für den Großteil der Gehwegschäden verantwortlich sein dürfte, sollte hier gehandelt werden.

Herr Stadtbaurat Leuer sagt eine Prüfung des Gehwegzustands zu.

13. Gehwegschäden Insterburgstraße

Ein Bürger berichtet, dass im Bereich der Insterburgstraße einige Gehwegschäden vorhanden sind. Die Gehwege sind ziemlich alt und schmal und müssten im gesamten Bereich Insterburgstraße/Potsdamstraße/Breslauer Straße/Prenzlauer Straße/Karlsbader Straße überprüft werden.

Herr Stadtbaurat Leuer sagt eine Bearbeitung zu.

Herr Stadtbaurat Leuer beendet um 19:15 Uhr die Bürgersprechstunde im Stadtbezirk 223 - Broitzem.

gez.
Becker
Bezirksgeschäftsstelle West